



Wir vom Basler „Stopp TiSA Bündnis“ wollen mit unserer Petition den Kanton Basel-Stadt zur TiSA freien Zone erklären.

Man kann dagegen einwenden, dass Aussenpolitik Sache des Bundes und die „TiSA freie Zone Basel-Stadt“ deshalb bloss eine unverbindliche Deklaration ist. **Aber im jetzigen Zeitpunkt** ist eine solche Deklaration genau das, was wichtig und nötig ist, denn sie setzt ein **Signal** und hilft mit, in der schweizerischen Politik und Öffentlichkeit auf die weitreichenden Auswirkungen von TiSA auch auf Kantone und Gemeinden aufmerksam zu machen.

Man kann dagegen einwenden, dass wir nicht mit Sicherheit wissen, was im im aktuellen TiSA Vertragsentwurf genau steht. **Aber das**, was wir aufgrund der Leaks wissen, muss uns nachdenklich stimmen und alarmieren.

Man kann dagegen einwenden, dass die Vertragspartner (Länder) länderspezifische Bereiche von TiSA ausnehmen können. **Nun ist es aber so**, dass **Anhänge (Annexes)** zu bestimmten Bereichen auch dann **verbindlich** gelten, wenn ein Land den entsprechenden Bereich auf seine Negativliste gesetzt hat. So verlangt der Annex on Energy and Mining Related Services beispielsweise ausdrücklich eine **Gleichbehandlung von erneuerbaren und nicht erneuerbaren Energieträgern** (Kohle, Gas, Solarenergie, Windkraft, ...). **Gezielte Förderung von erneuerbaren Energieträgern wäre damit nicht mehr möglich.**

Man kann dagegen einwenden, dass die schweizerische Position von den Leuten des SECO kompetent vertreten wird. So hat die Schweiz in ihrer ‘Revised Swiss offer’ staatliche Regeln zum **Landerwerb von Ausländern** von TiSA ausgenommen und die Anwendbarkeit von TiSA auf die Bundesebene beschränkt, also die Kantons- und Gemeindeebene (z.B. **Unispital, BVB, IWB, ...**) von TiSA ausgenommen. (Annex über staatseigene Betriebe). **Im ‘second revised Swiss offer’ fehlen genau diese beiden** und manche andere Punkte, weil die schweizerische Verhandlungsdelegation einen grossen Teil der schweizerischen Vorbehalte und Ausnahmen aufgrund des **politischen Drucks aus der EU** zurücknehmen musste.

Man muss auch zugeben, dass die ‘Standstill’ und die ‘Ratchet’ Klauseln eine **irreversible (*)** Marktöffnung (Privatisierung) zum Ziel haben. (* ...kann nie mehr rückgängig gemacht werden).

Und man muss schliesslich zugeben, dass TiSA den Handlungsspielraum von Kantonen und Gemeinden – auch und gerade im **Service Public** - einschneidend einschränken wird.

Deshalb fordern wir vom Stopp TiSA Bündnis Basel Sie auf, der Petitionskommission zu folgen und die Petition für eine TiSA freie Zone Basel-Stadt dem Regierungsrat zu überweisen. Für Ihre politische Weitsicht danken wir Ihnen!

